

Panorama-Diskussion: Tertiarisierung

Ergänzungsdokument zu PANORAMA.aktuell vom 13. Oktober 2009

6934da

Die Berufsbildung ist entwicklungsfähig

Die Tertiarisierung der Wirtschaft, die horizontale Verschiebung zwischen den Wirtschaftssektoren, ist eine der Herausforderungen an die Berufsbildung. Die Tertiarisierung des Bildungssystems, die vertikale Anpassung der Qualifikationsprofile, ist die andere grosse Herausforderung an das (Berufs-)Bildungssystem. Beide Prozesse sind miteinander verschränkt, entwickeln sich stetig und auf dem Hintergrund von historisch gefällten Entscheidungen. Das System braucht Anpassungen auf der Basis der Dispositionen des neuen Berufsbildungsgesetzes mit dem Ziel, allen Jugendlichen, die sich für das Berufsbildungssystem entscheiden, so zu fördern, dass sie die gleichen Chancen für die Beschäftigungs- und Gesellschaftsfähigkeit erhalten, wie jene, die das System der Allgemeinbildung wählen. Von Peter Sigerist

Die Auswirkungen über die horizontale Tertiarisierung der Wirtschaft und ihre Auswirkungen auf die Ausbildungsquote in der dualen Berufsbildung ist eine ökonomisch-abstrakt geführte Diskussion und bleibt mangels genügend empirischer Evidenz im Spekulativen stecken.

Die Entwicklung ist steuerbar

Zwei Beispiele mögen aber aufzeigen, in welche Richtung der Blick zu schärfen ist: Im Zuge der Globalisierung haben nicht nur Schweizer Unternehmen ausländische Firmen übernommen oder im Ausland gegründet (2006 arbeiteten 2,2 Mio. Arbeitnehmer/innen mittels 630 Milliarden Schweizer Franken Direktinvestitionen ausserhalb der Schweiz), sondern es wurden auch zunehmend Schweizer Firmen durch ausländische Eigentümer und Manager übernommen. Eine KOF/ETH-Studie hat nun nachgewiesen, dass in diesen Betrieben die Ausbildungsbereitschaft unterdurchschnittlich ist. Das kann sowohl damit zu tun haben, dass diese Managements seit Ende der Achtzigerjahre bis zum Wirtschaftskollaps vor einem Jahr die sich durchgesetzte kurzfristig ausgerichtete Profitmaximierung besonders offensiv und aggressiv betrieben haben, als auch damit, dass diese der Tradition der Berufsbildung gegenüber indifferent sind und auch nicht auf politischen Druck, sondern höch-

stens auf staatlich gesteuerte ökonomische Anreize reagieren. Es ist an den politisch Verantwortlichen, dafür zu sorgen, dass die Lehren aus der Krise gezogen werden und hier eine Korrektur erfolgt.

Das andere Beispiel sind die öffentlichen Verwaltungen auf jeder Stufe des Staates. Nur der von den Jugendorganisationen und den Gewerkschaften angeführte öffentliche Druck während der langen Krise der Neunzigerjahre hat erstens zu den beiden Lehrstellenbeschlüssen des Parlaments gegen den

Thema Tertiarisierung

Unser Berufsbildungssystem entstand in seinen Grundzügen zu einer Zeit, in der Gewerbe und Industrie die Arbeitswelt der Schweiz prägten. Heute arbeiten jedoch drei Viertel der Erwerbstätigen im Tertiären Sektor / Dienstleistungssektor. Welche Auswirkungen hat diese Veränderung auf die Berufsbildung? Welche Anpassungen sind erforderlich? Oder muss unser System sogar ersetzt werden, weil es den Anforderungen nicht mehr entspricht? Diese Fragen haben wir Exponenten von Wissenschaft und Praxis gestellt.

Ihre Antworten werden als PANORAMA.plus-Dokumente publiziert. www.edudoc.ch/record/35112 zeigt, welche Beiträge erschienen und welche noch zu erwarten sind.

Die Redaktion

Panorama-Diskussion: Tertiarisierung

Bundesrat und anschliessend zum neuen Berufsbildungsgesetz geführt und zweitens nach und nach die Ausbildungsquote in den Verwaltungen angehoben.

Es scheint zwar, dass die Verschiebung der Beschäftigung vom sogenannten zweiten zum dritten Sektor eine historische Dynamik entwickelt hat. Es ist aber bemerkenswert, dass während des Aufschwungs in den letzten drei Jahren mit einem enormen Beschäftigungsschub der zweite Sektor sehr stark daran partizipierte und deshalb zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen hat. Wie nachhaltig die jetzt anstehende Krise in der Exportindustrie diese Entwicklung umkehrt, mit einer unabschätzbaren Auswirkung auf die Ausbildungsquote, ist noch völlig offen.

Horizontale Tertiarisierung: Empirische Evidenzen erarbeiten

Statt eines Streits unter Ökonom/innen über Modelle und Begrifflichkeiten, erwarte ich von der Berufsbildungsforschung

- harte Daten zu den Gründen über die enormen Unterschiede der Ausbildungsquoten in den Branchen (nicht den Sektoren) auf der Basis einer Langzeitstudie der Betriebszählung, unter Berücksichtigung der Betriebsgrössen, ergänzt durch Detailstudien über die Gründe der Veränderungen der Ausbildungsquoten;
- Langzeitstudien über die inhaltlichen (und nicht nur nominellen) Anpassungen der Ausbildungsreglemente/Bildungsverordnungen;
- das Wissen um die Erkenntnisse aus der ersten und bisher einzigen nationalen Längsschnittuntersuchung zum Übergang Jugendlicher ins Erwachsenenleben (Transition, www.tree-ch.ch).

Auf der Basis dieser drei Pfeiler, ergänzt durch weitere und bereits vorhandene Forschungsergebnisse, liesse sich m.E. eine recht gute Einschätzung über die Entwicklungsmöglichkeiten der dualen Berufsbildung in den nächsten Jahren in der Schweiz führen, auch wenn in einer Marktwirtschaft die Beschäftigungsentwicklung nie sehr genau vorausgesagt und damit auch der Zubringer nicht en détail geplant werden kann.

Vertikale Tertiarisierung findet statt

Das zweite Volet der Tertiarisierung ist m.E. deutlicher zu fassen. Die seit dem eingesetzten Industrialisierungsprozess sich in Schüben entwickelnden Produktivitätssteigerungen und Mobilitätsweiterungen provozieren komplexere Arbeitsabläufe und setzen für deren Bewältigung höhere Qualifikationen voraus. Die Geschichte der Bildungssysteme spiegelt so das stetige Aufholen des Rückstands der vermittelten Bildung gegenüber dem bereits irgendwo in der Gesellschaft vorhandenen Wissen. Oder: der Bildungslift fährt unaufhaltsam nach oben. Wer allerdings Zugang zum Lift erhält und wer auf welchem Stockwerk aussteigen hat, ist Gegenstand der Auseinandersetzungen in der Bildungspolitik.

Die stetige Zunahme der komplexeren Arbeit hat sich auch im letzten Aufschwung bestätigt: Die Beschäftigungsexpansion fand v.a. im Segment der Hoch- und Höchstqualifizierten statt. Beschäftigung für Unqualifizierte wurde praktisch keine geschaffen. Unter den gut Beschäftigten befinden sich auch die Tertiär-B-Abschlüsse der Höheren Berufsbildung, und zwar sowohl die dual über Eidg. Berufsprüfungen als auch die in den Höheren Fachschulen (oft auch berufsbegeleitend) erreichten - neben den Abschlüssen der Fachhochschulen (Tertiär A).

Die Berufsbildung hat jedoch zwei Beschränkungen: Sie hat noch zu wenig tertiäre Abschlüsse (und immer noch zu wenige auf der Zubringerstufe, der Sekstufe II) und sie ist zu stark auf die Employability ausgerichtet. Um mehr Studierende, insbesondere Frauen, für die Höhere Berufsbildung zu motivieren, sind deshalb auch ökonomische Anreize zu schaffen.

Auf die Beschäftigungsfähigkeit und die Gesellschaftsfähigkeit vorbereiten

Dass die Berufsbildung gut auf die Beschäftigungsfähigkeit (Employability) vorzubereiten hat ist trivial. Darin ist sie in der Regel auch erfolgreich. Viel weniger erfolgreich ist sie aber in der Vorbereitung auf die Gesellschaftsfähigkeit, obwohl dies auch auf Vorschlag der Gewerkschaften im neuen Berufsbildungsgesetz als Zielsetzung verankert ist. Eine komplexer werdende Wirtschaft, die nach höheren beruflichen Qualifikationen heischt, provoziert auch komplexere

Panorama-Diskussion: Tertiarisierung

gesellschaftliche Verhältnisse, die demokratisch zu steuern sind. Wer über den Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen oder über atomar oder solar generierte Energie demokratisch zu befinden hat, muss in grösseren eigenen Wissensbeständen wühlen können, um nicht der Machtelite, einer Expertokratie oder einem tumben Glauben unmündig hörig zu sein.

Als anlässlich einer Podiumsdiskussion ein Arbeitgeber-Vertreter meinte; ein Heizungsmonteur müsse bei seiner Arbeit kein Goethe-Gedicht rezitieren können, hatte er zwar die Lacher im Publikum auf seiner Seite, aber das Problem verkannt: „Wer nicht von dreitausend Jahren / Sich weiss Rechenschaft zu geben, / Bleib im Dunkeln unerfahren, / Mag von Tag zu Tage leben“ (J.W. Goethe). Ein Gedicht rezitierend, eine Verdi-Arie oder einen widerspenstigen Rap von GREIS singend den Heizungskessel montieren, macht zwar die Montage nicht anders oder besser, aber den Monteur als Facharbeiter und mündigen Bürger. Auch die jüngste OECD-Studie zu den Trends in der Bildung betont, dass das lange Drücken der Schulbank nicht nur die Bildungsrendite, sondern auch die Lebensdauer und das politische Interesse erhöht.

Die für alle überraschend hohe und immer noch wachsende Berufsmaturitätsquote signalisiert, dass viele Jungen, die sich für die Berufsbildung entscheiden, die erweiterte Allgemeinbildung nicht missen mögen, trotz der enormen Anstrengung, die dafür zu erbringen ist im Vergleich zur gymnasialen Matur. Das Wecken der Neugierde, zumindest das Anklopfen am klassischen Bildungskanon der Mächtigen, das Befriedigen des Wissensdurstes - das alles muss auch die Berufsbildung leisten, und das kann mit der heutigen neun-Lektionen-Regelung für den Lernort Berufsfachschule nicht genügend geleistet werden. Die Illetrismus-Studien über die Zahl jener, die der Grundkompetenzen nicht (genügend) mächtig sind, obwohl sie einen beruflichen Grundbildungsabschluss haben, muss uns mehr als zu denken geben. Hier steht eine der grossen Herausforderungen für die Zukunft der Berufsbildung an. Eine erhöhte Anzahl Lektionen der Allgemeinbildung an den Berufsfachschulen dürfte beim heutigen Kosten/Nutzen-Verhältnis dieses noch längst nicht ins Negative kippen. Die Rentabilität der Berufsmaturand/innen für die Arbeitgeber ist trotz erhöhter Betriebsabwesenheit nachgewiesen.

Fördermassnahmen ausbauen

Das neue Berufsbildungsgesetz hat die Pisten vorge-spurt: Es geht davon aus, dass alle, die die obligatorische Volksschule vollendet haben, zu einem Sek-II-Abschluss geführt werden. Bund, Kantone und die Sozialpartner haben erst kürzlich festgehalten, dass die heutige 90-Prozent-Quote bis 2015 auf 95 Prozent angehoben werden soll - konform zur OECD, die davon ausgeht, dass der Regelabschluss auf dieser Stufe zu erfolgen hat.

Die faktische Aufgabenteilung zwischen Staat (Berufsfachschule) und Arbeitgebern (betriebliche Ausbildung und überbetriebliche Kurse) impliziert, dass die gesellschaftliche Gruppe der Arbeitgeber diese Aufgabe nach Massgabe ihrer objektiven Möglichkeiten und damit so erfüllt, dass grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, und zwar auch dann, wenn das freie Spiel der Kräfte zur Erfüllung der übernommenen Aufgaben nicht mehr ausreichen sollte.

Überdurchschnittlich viele junge Menschen wurden aber in den letzten fünfzehn Jahren mit dem Problem der Arbeitslosigkeit konfrontiert, weil das Berufsbildungssystem zu konjunkturabhängig ist und regelmässig zu einer Bildungsrationierung führt. (Die Vergleiche mit dem Ausland und dessen höheren Jugendarbeitslosigkeit führt in die Irre, weil dort auch die durchschnittliche Arbeitslosigkeit höher ist. Nur das Verhältnis zwischen der Jugendarbeitslosigkeit zur durchschnittlichen Arbeitslosigkeit ist aussagekräftig. Und dieses Verhältnis ist in Rezessionen in der Schweiz ebenso schlecht wie im Ausland, wobei zu berücksichtigen ist, dass die betroffenen Jugendlichen sich nur etwa zur Hälfte bei den zuständigen Stellen melden und damit erfasst werden.)

Deshalb sieht das Berufsbildungsgesetz auch Fördermassnahmen vor: 10. Schuljahre (Brückenangebote, in denen aber ein Grossteil verharren muss, weil es eine Lehrstellenrationierung gibt); Case Management ab Sekundarstufe I für jene, die mutmasslich Schwierigkeiten haben werden, eine Lehrstelle zu finden; und für jene, die eine zweijährige berufliche Grundbildung (EBA) absolvieren, das Instrument der fachlich individuellen Begleitung (fiB). Letzteres wird aber von Kanton zu Kanton unterschiedlich wirksam eingesetzt, und einige Studien zeigen auf, dass die fiB auch bei dreijährigen Lehren (EFZ)

Panorama-Diskussion: Tertiariesierung

eingesetzt werden sollte. Alle diese Massnahmen sind zur Unterstützung der Lernenden und der Betriebe durch die öffentliche Hand finanziert und organisiert. Einige Kantone haben auch begonnen, die Finanzierung des dritten Lernorts, der überbetrieblichen Kurse, massgeblich zu übernehmen, um die Arbeitgeber und die Berufsverbände zu entlasten.

Die Lernenden finanzieren ihre Bildung selbst

Die Bildungsökonomie hat in den letzten Jahren die Binsenwahrheit bestätigt: In der Regel lohnt es sich, für die Betriebe auszubilden. Die Lernenden im dualen Berufsbildungssystem zahlen kraft ihrer produktiven Leistung ihren betrieblichen Ausbildungsteil selbst. Die Bildungsökonomie hat aber gleichzeitig den nicht ausbildenden Betrieben, der grossen Mehrheit, einen Persilschein ausgestellt: Sie verhielten sich rational, weil die Ausbildung sich bei ihnen nicht lohne. Das ist die Crux: Wer dieses Ökonomen-Axiom akzeptiert, nimmt in Kauf, dass jährlich ein grosser Teil der Jugendlichen keine von der Wirtschaft selbst erwartete Ausbildung erhält.

Berufsbildung und Allgemeinbildung: gleichermassen fördern

Wenn die Wirtschaft über einen so langen Zeitraum trotz allen Anreizen und Unterstützungen des Staates dennoch das Angebot rationiert, dann muss der Staat handeln, wie es im Berufsbildungsgesetz vorgesehen ist. Massgeblich ist dabei die Gleichbehandlung der Berufsbildung mit der Allgemeinbildung (bei der die Berufswahlfreiheit gewährleistet ist) mit der Zielsetzung der Bildungschancengleichheit und der Rechtsgleichheit. Der neue Bildungsrahmenartikel hat diesen Grundsatz noch verstärkt.

Die Benachteiligung der Berufsbildung gegenüber der Allgemeinbildung besteht heute darin, dass die entscheidenden Akteure beim Bund und bei den

Arbeitgebern, gestützt von der vom Bund finanzierten Berufsbildungsforschung, eine ausgeprägte Marktorientierung verfolgen, die sich ausschliesslich am Bedarf von Berufsleuten orientiert und die Nachfrage der Jugendlichen nach Lehrstellen diesem Ziel unterordnet.

Die zweite entscheidende Benachteiligung der Berufsbildung sind die teilweise hohen Kosten für die Abschlüsse der Höheren Berufsbildung. Hier ist die nachfrageorientierte Finanzierung der Studierenden angesagt. Gelingt dies, wird dies den Prozess der vertikalen Tertiariesierung auch in der Berufsbildung fördern.

Fördermassnahmen statt Gefängnisse

Wenn eine zu hohe Zahl Jugendlicher keine Perspektive hat und diskriminiert werden, fallen für Steuerzahler/innen ohnehin Kosten an, letztlich mit der schon von Victor Hugo aufgezeigten Alternative: in Gefängnisse oder in Bildung investieren zu müssen. Die Kosten für die Berufsbildung sind für die Steuerzahler/innen heute im Vergleich zur Allgemeinbildung sehr tief, weil die Lernenden ihre betriebliche Bildung selbst finanzieren. Die Steuerzahlenden müssen aber für alle jene, die kein Bildungsangebot erhalten, über die Sozialausgaben aufkommen. Sie haben deshalb alles Interesse, in Basislehrjahre, Lehrwerkstätten und andere Angebote, die auf eine Arbeitsmarktnähe ausgerichtet sind, zu investieren - zumindest so lange, bis die Wirtschaft wieder selbstregulierend genügend Angebote schafft.

Angaben zum Autor

Peter Sigerist ist Zentralsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), Ressort Bildung, sowie Mitglied der Eidgenössischen Berufsbildungskommission (EBBK) und der Eidgenössischen Fachhochschulkommission (EFHK).

E-mail: peter.sigerist@sgb.ch

Layout: rh

Panorama-Diskussion: Tertiarisierung

Literatur

- Albert, Ernest, 2009: Passt der Nachwuchs? In: Caritas (Hrsg.): Sozialalmanach 2009. Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Luzern
- Bauder, Tibor / Osterwalder, Fritz (Hrsg.), 2008: 75 Jahre eidg. Berufsbildungsgesetz. Bern: hep
- Criblez, Lucien (Hrsg.), 2008: Bildungsraum Schweiz. Bern: Haupt
- Gemperle, Michael / Streckeisen, Peter (Hrsg.), 2007: Ein neues Zeitalter des Wissens? Zürich: Seismo
- Hollenstein, Heinz / Stucki, Tobias, 2009: Determinanten des Angebots an Lehrstellen. KOF/ETHAnalysen, Frühjahr 2009
- Iten, Kathrin / Schulthess, Aline, 2008: Jugendarbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren. FH Soziale Arbeit. Bern (vgl. Panorama 1/09)
- Meyer, Thomas, 2009: Wer hat, dem wird gegeben: Bildungungleichheit in der Schweiz. In: Suter, Christian et al. (Hrsg.): Sozialbericht 2008. Zürich: Seismo
- OECD, 2009a: Systemic Innovation in the Swiss Vocational Education and Training (VET-)System. Paris
- OECD, 2009b: Länderbericht zur Berufsbildung in der Schweiz: Learning for Jobs. OECD Policy. Reviews of Vocational Education and Training. Paris, April 2009 (vorerst nur im Internet in Englisch verfügbar. Link über www.bbt.admin.ch/Internationales)
- Rauner, Felix, 2008: Steuerung der beruflichen Bildung im internationalen Vergleich. Verlag Bertelsmann Stiftung
- Späni, Martina, 2008: Der Bund und die Berufsbildung – von der «verfassungswidrigen Praxis» zum kooperativen Monopol. In: Criblez, Lucien (Hrsg.): Bildungsraum Schweiz. Bern: Haupt
- Strahm, Rudolf, 2008: Warum wir so reich sind. Bern: hep
- Zulauf, Daniel, 2009: Vollzeitschule vs. Betriebslehre. Niederlande und Schweiz im Vergleich. In: Panorama Heft 2

Impressum

Dies ist ein Ergänzungsdokument zum Newsletter PANORAMA.aktuell. © beim Herausgeber, dem Schweizerischen Dienstleistungszentrum Berufsbildung | Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung SDBB, Bern.

«PANORAMA.aktuell» kann kostenlos unter www.panorama.ch abonniert werden, wo auch auf ältere Ausgaben und weitere Informationen zu Arbeitsmarkt, Berufsbildung sowie Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung zugegriffen werden kann. Verantwortlicher Redaktor: Dr. Emil Wettstein, Berufsbildungsprojekte GmbH Zürich, redaktion@panorama.ch